SPANDAUER UMSCHAU
DIE LINKE.
in Berlin Spandau
Sonderausgabe zum 70. Jahrestag des Pogroms am 9. November 1938

Erklärung der Spandauer Bezirksorganisation DIE LINKE vom 13. Oktober 2008 zum 70. Jahrestag des Pogroms am 9. November 1938

Durch Terror und durch „gesetzliche" Maßnahmen hatte das Hitlerregime die jüdischen Menschen aus dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben im Deutschen Reich bis zum Jahre 1938 praktisch ausgeschaltet. Die Grundlage dafür bildeten die dafür geschaffenen Nürnberger Rassengesetze vom 15. September 1935.

Der Pogrom am 9. und 10. November 1938 stellte den Höhepunkt der schon seit 1933 eingeleiteten Judenverfolgungen dar.

Den Vorwand für den Pogrom bot das Attentat auf den Nazi-Diplomaten Ernst Eduard vom Rath am 7. November 1938 durch den siebzehnjährigen Herschel Feibel Grynszpan in Paris. In der Öffentlichkeit wurde versucht, den Pogrom als spontanen „Ausbruch des Volkszorns" darzustellen. Tatsächlich rief jedoch Goebbels am Abend des 9. November in München zu Aktionen gegen die Juden auf, die an die Naziführer in den „Gauen" weitergereicht wurde. Im Sinne des Goebbelsschen Aufrufs wurden die Nazis binnen kurzer Zeit aktiv. Sie drangen in die Wohnungen der Juden ein und misshandelten sie, zerstörten jüdische Geschäfte und begannen Synagogen in Brand zu setzen. Mindestens 400 Todesopfer sind allein in der Pogromnacht zu beklagen. Darin sind auch Selbsttötungen und schwere Körperverletzungen mit Todesfolge enthalten.

Das Mahnmal erinnert an die Leiden der Spandauer Bürger jüdischen Glaubens während der Terrorherrschaft der Nazis. Unweit dieser Stelle auf dem Grundstück Lindenufer 12 stand das Jüdische Gotteshaus, das 1938 zerstört wurde.

Wie „spontan" der „Volkszorn" sich entwickelte, wird in einem geheimen Fernschreiben des Gestapo-Chefs Müller vom 9. November an alle Stapostellen und Stapoleitstellen im Reich deutlich:

„Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen, stattfinden. Sie sind nicht zu stören. Jedoch ist im Benehmen mit der Ordnungspolizei sicherzustellen, dass Plünderungen und sonstige Ausschreitungen unterbunden werden können." … „Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20-30.000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden. Nähere Anordnungen ergehen noch im Laufe dieser Nacht."

Direkt im Anschluss an die Zerstörungen begann am 10. November die befohlene Inhaftierung von etwa 30.000 männlichen, meist jüngeren und wohlhabenderen Juden. Sie wurden in den Tagen darauf von der Gestapo und der SS in die drei deutschen Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen verschleppt.

Als einzige Partei bezog die KPD im November 1938 Stellung und veröffentlichte die Erklärung „Gegen die Schmach der Judenpogrome", in der es u.a. heißt: „Die Kommunistische Partei wendet sich an alle Kommunisten, Sozialisten, Demokraten, Katholiken

Erklärung der Spandauer Bezirksorganisation DIE LINKE / Fortsetzung

und Protestanten, an alle anständigen und ehrbewußten Deutschen mit dem Appell: Helft unseren gequälten jüdischen Mitbürgern mit allen Mitteln! Isoliert mit einem Wall der eisigen Verachtung das Pogromgesindel von unserem Volk! Klärt die Rückständigen und Irregeführten, besonders die missbrauchten Jugendlichen, die durch die nationalsozialistischen Methoden zur Bestialität erzogen werden sollen, über den wahren Sinn der Judenhetze auf!"

Am 12. November 1938 berichtete der Chef der Sicherheitspolizei, Reinhard Heydrich der Hitlerführung über 7.500 zerstörte Geschäfte, 267 verbrannte Synagogen, davon 177 völlig zerstört und 91 getötete Juden.

In Spandau, einer Hochburg der NSDAP in Berlin, lebten Anfang 1930 etwas über 700 Bürger jüdischer Herkunft. Seit der Machtübertragung an Hitler waren sie vielfachen Diskriminierungen, Verleumdungen und Anfeindungen ausgesetzt. Sie wurden aus dem öffentlichen Dienst entlassen und aus dem Schuldienst wurden die jüdischen Lehrkräfte entfernt. Straßen mit jüdischem Bezug wurden umbenannt. 1938 wurde die Jüdenstraße in der Altstadt in Kinkelstraße umbenannt.

Geschäfte und Grundstücke wurden enteignet, u.a. fünf Spandauer Lichtspielbetriebe. Insgesamt waren in Spandau und Charlottenburg 381 Geschäfte und allein in Spandau 234 Grundstücke betroffen.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurde in Spandau eine Vielzahl jüdischer Geschäfte in der Altstadt und in der Pichelsdorfer Straße demoliert und ausgeraubt. Die Synagoge aus dem Jahre 1895 am Lindenufer wurde in Brand gesetzt. Der Spandauer Rabbiner Arthur Löwenstamm und der Synagogenvorsteher Louis Salomon wurden vor der brennenden Synagoge niedergeschlagen. Arthur Löwenstamm wurde verhaftet und in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt. Einige jüdische Gemeindemitglieder konnten emigrieren. Die meisten wurden verfolgt und ermordet. Die Anzahl der Juden hatte sich bis 1939 auf 205 Personen reduziert. Im selben Jahr wurde die Gemeinde aufgelöst.

Nach der Ausgrenzung ab 1933 durch Boykott und Entfernung aus öffentlichen Diensten war die Pogromnacht 1938 der Beginn der endgültigen Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der Juden und der privaten und staatlichen Aneignung ihres Besitzes. Sie markierte den Übergang hin zur Kennzeichnung durch den Davidstern bis zu der industriemäßig organisierten millionenfachen Ermordung der deutschen und europäischen Juden. Nur 81 Spandauer Juden – 48 Frauen und 33 Männer - überlebten bis 1945, eine neue Gemeinde entstand nicht.

Der 9. November 1938 ist Mahnung und Lehre für die Gegenwart im Sinne der Grundrechte unserer Verfassung aktiv einzutreten, dass niemand wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen oder seiner sexuellen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden darf! Rassenhetze und Bekundung nationalen oder religiösen Hasses widersprechen dem Geist der Verfassung und sind unter Strafe zu stellen!

In diesem Sinne ist die NPD, die sich verfassungswidrig gegen den Geist und den Wortlaut des Grundgesetzes betätigt, zu verbieten!

Impressum

Herausgeber: **Die LINKE.**
Bezirksvorstand Berlin-Spandau

Jüdenstraße 46
in 13597 Berlin (Altstadt Spandau)
Tel. 36 43 74 71 – Fax 36 43 74 72

www.die-linke-spandau.de
eMail: bezirk@die-linke-spandau.de

V.i.S.d.P.: Monika Merk

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 18. Oktober 2008

Druck: double express Auflage: 2.000

Einladung

zur Diskusionsveranstaltung

Das November Pogrom 1938 – Lehren-Verantwortung-Verpflichtung

mit

- **Dr. Gesine Lötzsch, MdB, DIE LINKE,**
- **Salomon Levi, Jüdische Gemeinde Berlin und**
- **Dr. Hans Coppi, Landesvorsitzender der VVN-BdA**

am Montag, dem 3.11.2008, um 18.00 im Spandauer Rathaus, Raum 246

Zur Person:

Dr. Gesine Lötzsch, Mitglied des Deutschen Bundestages seit Oktober 2002
Haushaltspolitische Sprecherin,stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Geboren am 07.08.1961, Beruf: Philologin
Direktmandat im Wahlkreis 87. Verheiratet, zwei Kinder.
1980 Abitur. 1980 bis 1985 HU Berlin, 1985 Dipl.-Lehrerin für Deutsch und Englisch.
1985 bis 1988 Forschungsstudium HU, 1988 Promotion Dr. phil. Wissenschaftliche Assistentin an der HU Berlin, seit Januar 1991 beurlaubt. Auslandsaufenthalt: 1987 Forschungssemester in den Niederlanden.
1984 bis 1990 Mitglied der SED, seit 1990 Mitglied der PDS. 1991 bis 1993 Mitglied des Landesvorstandes, seit 1994 Vorsitzende des Bezirksverbandes der PDS Berlin-Lichtenberg. 1989 bis 1990 Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg. Mai bis Dezember 1990 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Berlin. 1991-2002 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, 1991 bis 1993 Vorsitzende der PDS-Fraktion, 1996-2002 Vorsitzende des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten und Medienpolitik.

Levi Salomon, Antisemitismusbeauftragter der Jüdischen Gemeinde zu Berlin
„49 Jahre alt, gebürtiger Aserbaidschaner. Studiums der Kulturwissenschaften in Moskau. Aus Baku nach Berlin ausgereist.
Der gläubige Jude, der als Filmemacher und auch als Dolmetscher beim Amt für Migration arbeitet, stammt aus einer traditionsbewussten Rabbinerfamilie, hat anders als viele osteuropäische Zuwanderer eine entsprechende Erziehung genossen. Jeden Abschnitt der 623 jüdischen Gebote und Verbote der Thora hält er heute noch für aktuell.
Für ihn steht fest, dass Judenfeindschaft und Antisemitismus bis in Kreise von Intellektuellen geht und dass sich Linksradikale, Rechtsradikale und islamische Kreise dabei einig seien. Oft würde unter dem Mantel der Kritik an Israel Rassismus und Judenhass versteckt. Und da sollen die Gegenmaßnahmen der Gemeinde einsetzen. Illusionen über den Erfolg macht sich Salomon von vornherein nicht. Es klingt erstaunlich resigniert, wenn er den verstorbenen Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, zum Antisemitismus zitiert: („Du kannst machen, was du willst, du erreichst doch nichts.")." aus Berliner Zeitung am 03.03.08

Zur Person:

Hans Coppi, Historiker
ist am 27. November 1942 geboren. Seine Mutter, Hilde Coppi, war als Hochschwangere verhaftet worden. Sie gehörte mit seinem Vater Hans Coppi einem weit verzweigten Netzwerk an, das unter dem Namen »Rote Kapelle« in die Geschichte einging. Beide wurden von den Faschisten hingerichtet.
Nach seinem Ökonomie-Studium war er im Außenhandelsministerium der DDR tätig und bis 1986 Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit bei der Bezirksleitung Berlin der SED. Nach einem zweijährigen Studium in Moskau ging er zur „Forschungsstelle Harnack / Schulze-Boysen" an der Akademie der Wissenschaften der DDR, wo er über Harro Schulze-Boysen promovierte.
Von 1990 bis 1994 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. 1996-2002 war er Projektleiter in der Gedenkstätte Sachsenhausen mit den Schwerpunkten Forschungen, Publikationen und Ausstellungen zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus, zum Antifaschismus vor 1933 und zur elektronischen Erschließung archivalischer Quellen in Gedenkstätten.
Seit 2002 ist er Landesvorsitzender der VVN-Bund der Antifaschisten in Berlin.

Aktion Stolpersteine

Die Stolpersteine sind ein Projekt des Künstlers Gunter Demnig. Mit diesen Mahnmalen soll an das Schicksal der Menschen erinnert werden, die von Nationalsozialisten ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Freitod getrieben wurden. Die Stolpersteine sind kubische Betonsteine mit einer Kantenlänge von zehn Zentimetern, auf deren Oberseite eine individuell beschriftete Messingplatte angebracht ist. Sie werden vor den ehemaligen Wohnhäusern der NS-Opfer niveaugleich in das Pflaster des Gehweges eingelassen.
Initiativen, Geschichtswerkstätten, Schulen, Angehörige und Hinterbliebene recherchieren die Daten von Menschen, die während der Zeit des Nationalsozialismus deportiert und ermordet wurden. Zu den von den Nationalsozialisten während des „Dritten Reiches" verfolgten Gruppen gehörten Juden, Sinti und Roma, politisch Andersdenkende, Mitglieder von Widerstandsbewegungen, Homosexuelle, Zeugen Jehovas, Christen im Widerstand und Behinderte („Euthanasie"). Ebenfalls gedacht wird der wegen Fahnenflucht oder „Wehrkraftzersetzung" Ermordeten, der Opfer unter den Zwangsarbeitern und Wohnungslosen. Eine Recherche-Hilfe stellen die Datenbank der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem und Staatsarchive dar.
Liegen die Daten vor, fertigt Demnig einen Betonwürfel mit 10 Zentimeter Kantenlänge, der mit einer Messingplatte abschließt. Diese versieht er in der Regel mit dem Schriftzug Hier wohnte (in Zittau auch: Hier lebte, in Frankfurt (Oder) und Greifswald auch: Hier wirkte), dem Namen, Geburtsjahr und dem Schicksal des Menschen, meist dem Datum der Deportation oder des Todes. Den Stein lässt er jeweils bündig in den

Die Schülerinnen und Schüler der Die Heinrich-Böll-Oberschule gestalteten am 26. September 2006 die Gedenkfeier anlässlich des Setzens von zwei „Stolpersteinen" in der Schönwalder Str. 13/14, für die Spandauer Bürger Elsa und Arthur Hannes, die am 19. Januar 1942 als Juden nach Riga deportiert wurden und dort umgekommen sind.
Elsa und Arthur Hannes, sind Onkel und Tante von Inge Deutschkron.

Bürgersteig oder die Straße direkt vor der Haustür zur letzten Wohnung des Opfers ein. Die Stolpersteine gehen nach der Verlegung in das Eigentum der Stadt oder Gemeinde über.
Finanziert werden die Stolpersteine durch Spenden, Sammlungen und Patenschaften von einzelnen Bürgern, Zeitzeugen, Schulklassen, Berufsgruppen und Kommunen. Ein Stein kostet dabei 95 Euro. In Berlin befinden sich ca. 1.670 Stolpersteine.